

## **Iranians for Peace**

Wir sind ein überparteiliches, von Frauen geführtes Netzwerk europäischer Bürgerinnen und Bürger mit vielfältigen weltanschaulichen, persönlichen und beruflichen Hintergründen aus verschiedenen europäischen Städten.

- Wir setzen uns für Dialog und Diplomatie, Deeskalation und den Schutz des zivilen Lebens im Iran ein.
- Wir erkennen an, dass dieser Krieg die demokratische Entwicklung Irans gefährdet.
- Wir setzen uns dafür ein, auf das Leid der Zivilbevölkerung auf allen Seiten aufmerksam zu machen und verurteilen alle Handlungen, die gegen internationales Recht verstoßen.
- Viele von uns haben Familie im Iran – ebenso wie über eine Million Europäerinnen und Europäern iranischer Herkunft. Diese Eskalation hat viele von uns in Sorge um die Sicherheit unserer Angehörigen versetzt.
- Wir fordern eine Außenpolitik in jedem EU-Mitgliedstaat und im Vereinigten Königreich, die maßvoll, verhältnismäßig, völkerrechtskonform und menschenrechtsbasiert ist – eine Politik, die auf Deeskalation hinarbeitet und sich dem Ende des Krieges verpflichtet.
- Wir unterstützen den Atomwaffensperrvertrag (NPT) und das Völkerrecht, das den Umgang mit Nuklearwaffen regelt. Wir lehnen nukleare Aufrüstung in all ihren Formen kategorisch ab. Wir sind der Überzeugung, dass die Umgehung von Diplomatie und rechtlichen Normen die nukleare Bedrohung maßgeblich verschärft.
- Wir lehnen Nationalismus, Sensationalismus und das Schweigen gegenüber Stimmen, die ein Ende dieses Leids fordern, ab.
- Wir stehen in keiner Verbindung zu einer politischen Partei oder einer ausländischen Regierung.

---

E-Mail: [contact@iraniansforpeace.com](mailto:contact@iraniansforpeace.com)

Instagram: [@IraniansforPeace](https://www.instagram.com/IraniansforPeace)

---

## **Vorlage für ein Schreiben an Abgeordnete**

Wir haben ein respektvolles, diplomatisch gefasstes und überparteiliches Schreiben vorbereitet:

Anleitung:

1. Die E-Mail-Adresse Ihrer Abgeordneten finden Sie unter:  
<https://www.parlament-berlin.de/das-parlament/abgeordnete>
2. Betreff: „Dringend: Parlamentarische Prüfung der Eskalation zwischen Israel und Iran und der Interessen Deutschlands“
3. Bitte setzen Sie [contact@iraniansforpeace.com](mailto:contact@iraniansforpeace.com) in CC, um die Nachverfolgung zu erleichtern.
4. Vergessen Sie nicht, die rot markierten Teile individuell anzupassen.

Sehr **[geehrte/r Name der/des Abgeordneten]**,

**[Ich schreibe Ihnen als [Ihre/Ihr Wähler/in], [der/die] sich für Diplomatie, Deeskalation und den Schutz von der Zivilbevölkerung einsetzt.]**

**[ODER]**

**[Ich schreibe Ihnen als [Ihre/Ihr Wähler/in] und als Mitglied von Iranians for Peace, einem überparteilichen, von Frauen geführten Netzwerk europäischer Bürgerinnen und Bürger mit vielfältigen weltanschaulichen, persönlichen und beruflichen Hintergründen aus verschiedenen europäischen Städten. Wir setzen uns für Diplomatie, Deeskalation und den Schutz des zivilen Lebens ein. Viele von uns haben sich in der Bewegung „Frau, Leben, Freiheit“ engagiert oder diese unterstützt und sind weiterhin eng mit den Hoffnungen und Sorgen der Menschen im Iran verbunden.]**

Bereits jetzt wurden hunderte Zivilisten, darunter viele Frauen und Kinder, im Iran getötet. Es gibt eine große Gemeinschaft von Menschen iranischer Herkunft, die in Deutschland leben und arbeiten und sich Sorgen um die Sicherheit ihrer Angehörigen machen, die vom Krieg betroffen sind.

Ich bin weder einer ausländischen Regierung verpflichtet noch einer politischen Partei zugehörig. Als **[Ihre/Ihr Wähler/in]** fordere ich jedoch eine verantwortungsvolle parlamentarische Kontrolle, um weiteres Blutvergießen zu verhindern und die langfristigen strategischen Interessen Deutschlands zu wahren.

Ich fordere die Abgeordneten des Bundestages auf, die jüngsten Militärschläge Israels gegen den Iran unter diesen Aspekten gründlich zu prüfen. Ein bedingungsloser Schutz Israels vor Kritik untergräbt das Völkerrecht und trägt weder zum Frieden noch zur Sicherheit von Israelis, Iranerinnen und Iranern, oder der Region bei. Eine nukleare Bewaffnung wird allenfalls kurzfristig verhindert, ist auf mittlere Sicht nun aber erst recht zu befürchten.

Die Eskalation hat auch darüber hinaus weitreichende Folgen: Eine zunehmende Instabilität in der Straße von Hormouz – einem entscheidenden Korridor für die globalen Öl- und Gaslieferungen – wird direkte Auswirkungen auf die wirtschaftlichen und strategischen Interessen Deutschlands haben. Die Aufrechterhaltung einer regelbasierten internationalen Ordnung erfordert Konsistenz. Der Iran unterliegt beispielsweise den Inspektionen der

IAEA, während Israels Atomprogramm außerhalb des Atomwaffensperrvertrags betrieben wird.

### **Narrative über „unmittelbare Bedrohung“ müssen überprüft werden**

Die Rechtfertigung für die jüngsten militärischen Handlungen stützt sich auf die Sprache der „unmittelbaren nuklearen Bedrohung“. Die israelische Regierung bezeichnete die Angriffe als „präventiv“ oder „präemptiv“ und als Reaktion auf eine mögliche akute Bedrohung durch die Entwicklung iranischer Atomwaffen. Allerdings gibt es bislang nur begrenzte Belege für diese Annahme. Noch vor der jüngsten Eskalation war der Iran aktiv in Gespräche über ein Atomabkommen mit den USA eingebunden, und es herrschte weitgehend Konsens in der iranischen Gesellschaft, dass ein erneuertes Abkommen Stabilität bringen könnte.

Im Mai bezeichnete der US-Nahostgesandte Steve Witkoff die vierte Verhandlungsrunde als „ermutigend“. Rafael Grossi, der Leiter der IAEA, sagte am 17. Juni 2025 in einem Interview mit Christian Amanpour Folgendes zu Irans Nuklearaktivitäten: *„Ich bin ganz klar: Iran hat heute, während wir sprechen, keine Atomwaffen... die Agentur hat keine Beweise für einen systematischen Versuch, Atomwaffen zu entwickeln.“* Die US-Geheimdienste hatten noch am 26. März dieses Jahres ausdrücklich ihre Einschätzung bestätigt, dass Iran keine Nuklearwaffe baut und eine solche nach Abbruch des entsprechenden Programm 2003 auch von Revolutionsführer Khamenei nicht autorisiert worden sei.

Die nächste Verhandlungsrunde war für den 15. Juni 2025 angesetzt. Israels Entscheidung, den Iran nur zwei Tage vorher, am 13. Juni 2025, anzugreifen, bedeutet, dass das Fenster für Diplomatie sich schließt – eine weitere Eskalation könnte es ganz verschließen.

### **Migrationsdruck durch einen möglichen Zusammenbruch Irans**

Deutschland steht bereits in der Migrationspolitik vor großen Herausforderungen. Sollte das größte Land der Region, Iran, sich langfristig im Krieg wiederfinden, würde sich der Migrationsfluss nach Europa und besonders nach Deutschland mit Sicherheit drastisch erhöhen. Mit rund 90 Millionen Einwohnern hat der Iran eine weitaus größere Bevölkerung als Syrien, dessen Konflikt bereits zu massiven Flüchtlingsbewegungen geführt hat. Ein Zusammenbruch Irans hätte daher noch weit gravierendere Auswirkungen, da eine viel größere Anzahl von Menschen auf der Flucht wäre. Dies würde Europas Migrationspolitik vor Herausforderungen stellen, für die die EU nur schwerlich menschenrechtskonforme Lösungen finden wird. Auf das voraussichtliche Erstarken populistischer Bewegungen in unserem Land soll an dieser Stelle bewusst nicht eingegangen werden.

### **Externe Aggression untergräbt die Freiheit der einfachen Iraner noch weiter**

Angesichts äußerer Aggressionen neigen Regierungen dazu, bürgerliche Freiheiten einzuschränken und ihre Kontrolle über die Gesellschaft zu verstärken. Am Ende sind es die iranischen Bürger – jene, die weiterhin für eine freiere und offene Zukunft kämpfen –, die den höchsten Preis zahlen könnten.

## **Schutz deutscher Staatsbürgerinnen und Staatsbürger mit Verbindungen in den Iran**

Die Zivilbevölkerung Irans trägt die Hauptlast der jüngsten Eskalation. Die mit Abstand größte Gemeinschaft europäischer Bürgerinnen und Bürger iranischer Herkunft lebt in Deutschland. Viele dieser Menschen haben enge familiäre Bindungen in den Iran.

### **Was ich von Ihnen erbitte**

Ich bitte Sie als Mitglied des Bundestags mit allem Respekt:

#### Bitte

- setzen Sie sich für eine sofortige Deeskalation, den Schutz der Zivilbevölkerung und ein Ende dieses Krieges ein;
- thematisieren Sie den Schutz deutsch-iranischer Doppelstaatlerinnen und Doppelstaatler im Parlament.
- fordern Sie eine umfassende Prüfung der israelischen Behauptungen einer „unmittelbare nuklearen Bedrohung“ und bekräftigen Sie die Unterstützung für nukleare Diplomatie sowie eine ausgewogene Anwendung der Nichtverbreitungsnormen.
- Beziehen Sie öffentlich Stellung, indem Sie einen formellen parlamentarischen Brief initiieren und unterzeichnen, der sich eindeutig gegen die Lieferung von Waffen oder militärischer Unterstützung an irgendeine Konfliktpartei ausspricht – im Sinne von Deeskalation, Völkerrecht und Schutz ziviler Leben.

Dieser Konflikt betrifft direkt die Interessen Deutschlands, die globale Stabilität und die Sicherheit der Menschen mit Verbindungen in die Region. Ich hoffe sehr, dass Sie sicherstellen, dass unser Parlament eine aktive Rolle bei Wahrung unserer Werte einnimmt und seine Kontrollfunktion mit Bedacht ausübt.

Wenn Sie offen für ein Treffen sind, würde ich mich sehr über die Gelegenheit freuen, Sie persönlich zu sprechen oder Sie zu einem Austausch mit dem Netzwerk **Iranians for Peace** im Bundestag einzuladen (weitere Informationen dazu folgen).

Mit freundlichen Grüßen

[Ihr vollständiger Name]

[Adresse und Postleitzahl]